Von Sacha Wigdorovits

Darf man die Schweizer Regierung kritisieren? Selbstverständlich, und es gibt auch immer wieder gute Gründe dafür. Darf man die deutsche Regierung kritisieren? Ebenso klar: ja. Zumal es dafür derzeit noch bessere und häufigere Gründe gibt als beim Bundesrat. Darf man die amerikanische Regierung kritisieren? But of course, gerade auch jetzt, weil Präsident Donald Trump das islamofaschistische Mullah-Regime in Teheran zwar im Würgegriff hatte, aber vor dem entscheidenden Zudrücken zurückschreckte.

Darf man die israelische Regierung kritisieren. Unbedingt, denn auch dafür gibt es legitime Gründe wie:

- das Massaker vom 7. Oktober 2023 nicht verhindert zu haben;
- die ungerechte Vorzugsbehandlung der ultraorthodoxen Juden, die immer noch vom obligatorischen Militärdienst dispensiert sind, dafür aber mit Multimillionen von Subventionen unterstützt werden;
- das neue, verschärfte Todesstrafe-Gesetz, das im Westjordanland einzig für palästinensische Terroristen gilt, aber nicht für solche aus den Reihen der rechtsradikalen Siedler.

Aber wer stellt wegen seiner Kritik an der Schweizer Regierung das Existenzrecht unseres Landes in Frage? Wer fordert wegen seiner Unzufriedenheit über Bundeskanzler Friedrich Merz, Deutschland von der Landkarte zu tilgen? Und wem ist Präsident Donald Trump so zuwider, dass er deshalb die Abschaffung der USA verlangt?

Niemand! Doch im Falle von Israel wird diese Forderung dauernd erhoben. Nicht bloss in Gaza und im Iran. Auch auf europäischen Strassen und in europäischen und amerikanischen Universitäten.

Dieser Ruf «from the river to the sea» zur Vernichtung von Israel hat nichts mit der Politik der derzeitigen Rechtsaussen-Regierung von Benjamin Netanyahu zu tun. Er hat einen einzigen Grund: Man will Israel nicht! Die Palästinenser wollen es nicht,

weil sie das Land für sich selbst beanspruchen. Die radikalen Islamisten wollen die Vernichtung der Juden an sich. Die europäischen und amerikanischen heutigen Linken sehen in Israel ein post-koloniales Konstrukt, das rückgängig gemacht werden muss.

Das macht diese Israel-Gegner allesamt zu Antisemiten. Denn Israel ist seit seiner Gründung 1948 ein jüdischer Staat – und zwar der einzige weltweit. Dies war von Beginn weg seine Bestimmung. Wer also Israel das Existenzrecht abspricht, wie es die «Anti-Israel»-Propagandisten aus dem linken, palästinensischen und islamistischen Lager tun, der spricht den Juden das Recht auf Selbstbestimmung ab. Das ist antisemitisch.

Dasselbe gilt auch für eine andere Kategorie von Kritikern: Jene, die Israel mit viel härteren Massstäben messen als alle anderen (demokratischen) Länder. Dieser Doppel-Standard wird in der UNO ganz besonders offensichtlich. Dort sind die Unrechtsregime in Nordkorea, Iran, Myanmar oder Syrien kaum je Gegenstand von Verurteilungen, geschweige denn die Regierungen in Russland oder China. Doch Israel wird andauernd in Resolutionen verurteilt – meistens mit gütiger Beihilfe der Schweiz. Und im UNO-Menschenrechtsrat, der seinen Namen nicht einmal ansatzweise verdient, ist Israel der einzige Staat, dem ein ständiges Sitzungs-Traktandum gewidmet ist.

Das Prädikat «antisemitisch» ist auch gerechtfertigt bei jenen Kritikern, welche den jüdischen Staat dämonisieren, wie dies insbesondere in Europa inzwischen gang und gäbe ist, am ausgeprägtesten in Spanien.

Im Gaza-Krieg zeigte sich dies exemplarisch. Die Terrororganisation Hamas hatte diesen Krieg verursacht, und sie war auch schuld an den zahlreichen zivilen Opfern. Denn sie nahm die Zivilbevölkerung als Schutzschild und versteckte ihre Kommandozentralen in Schulen und unter Spitälern. Israel hingegen forderte die Zivilbevölkerung in Gaza vor jedem Angriff mittels SMS, Flugblättern oder Lautsprecherdurchsagen auf, das betreffende Gebiet zu verlassen, um zivile Opfer möglichst zu vermeiden.

Dennoch wurde Israel bei uns von vielen, meist linken Politikern Genozid in Gaza vorgeworfen – was Völkerrechtsexperten verneinen. Dadurch wurde der jüdische Staat als grausam und unmenschlich dämonisiert. Dies gilt gemäss Definition der International Holocaust Remembrance Alliance IHRA, die auch in der Schweiz als Richtschnur anerkannt wird, als Antisemitismus.

Als Fazit bleibt somit: Kritik an der israelischen Regierung ist durchaus legitim. Doch wer grundsätzlich «anti-israel» ist und deshalb den jüdischen Staat mit anderen Ellen misst als alle andern, ihn dämonisiert oder ihm sein Existenzrecht rundweg abspricht, der ist ein Antisemit! Ohne Wenn und Aber.

Dieser Kommentar erschien zuerst in «Die Weltwoche

Sacha Wigdorovits ist Präsident des Vereins Fokus Israel und Nahost, der die Webseite www.fokusisrael.chbetreibt. Er studierte an der Universität Zürich Geschichte und war als Journalist unter anderem USA-Korrespondent der SonntagsZeitung, stellvertretender Chefredaktor der LNN und Chefredaktor des BLICK. Später war er Mitbegründer der Pendlerzeitung 20minuten.